



Niederschrift

33. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

| | |
|------------------------|------------------------------|
| Sitzungstermin: | Donnerstag, 18.01.2018 |
| Sitzungsbeginn: | 18:00 Uhr |
| Sitzungsende: | 19:23 Uhr |
| Ort, Raum: | Raum 405, Hegelallee, Haus 1 |

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

| | | |
|--------------------|-----------|---------------------|
| Herr Matthias Lack | DIE LINKE | Leitung der Sitzung |
|--------------------|-----------|---------------------|

Ausschussmitglieder

| | | |
|-----------------------|------------|--------------|
| Herr Ralf Jäkel | DIE LINKE | |
| Herr Marcel Piest | SPD | ab 18:05 Uhr |
| Herr Claus Wartenberg | SPD | |
| Herr Arndt Sändig | DIE aNDERE | |

stellv. Ausschussmitglieder

| | | |
|--------------------|--------------------------|--|
| Herr Horst Heinzl | CDU/ANW | Vertr. für Herrn Klaus Rietz, Fraktion CDU/ANW |
| Frau Saskia Hüneke | Bündnis 90/Die Grünen | Vertr. für Herrn Andreas Walter, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |

sachkundige Einwohner

| | | |
|-----------------------|--------------------------|--------------|
| Herr Hans Becker | CDU/ANW | |
| Frau Elke Lentz | SPD | |
| Herr Stefan Matz | DIE LINKE | |
| Herr Holger Wolinski | SPD | |
| Herr Dr. Gert Zöllner | Bündnis 90/Die Grünen | ab 18:24 Uhr |

Beigeordnete

| | |
|-------------------|-------------------------------------|
| Herr Bernd Rubelt | Beigeordneter Geschäftsbereich 4 |
|-------------------|-------------------------------------|

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

| | | |
|---------------------|-----------------------|--------------|
| Herr Klaus Rietz | CDU/ANW | entschuldigt |
| Herr Andreas Walter | Bündnis 90/Die Grünen | entschuldigt |

zusätzliches Mitglied

| | | |
|--|-----|--------------------|
| Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken | FDP | nicht teilgenommen |
| Frau Dr. Sylke Kaduk | AfD | nicht teilgenommen |

sachkundige Einwohner

| | | |
|---------------------|----------------|--------------------|
| Herr Tino Henning | DIE LINKE | nicht teilgenommen |
| Herr Carsten Linke | DIE aNDERE | entschuldigt |
| Frau Christel Pflug | Seniorenbeirat | entschuldigt |
| Frau Carola Walter | Bürgerbündnis | nicht teilgenommen |

Gäste

| | |
|-------------------------|---|
| Herr Wolfgang Hülsebeck | (Fachbereich Feuerwehr) zu TOP 3.1 |
| Herr Dieter Lehmann | (Bereich Stadterneuerung) zu TOP 3.2 |
| Frau Martina Woiwode | (Bereich Verkehrsanlagen) zu TOP 3.3, 3.4 |
| Herr Norman Niehoff | (Bereich Verkehrsentwicklung) zu TOP 3.5 |
| Herr Siegfried Weise | (Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen) zu TOP 3.6 |
| Herr Erik Wolfram | (Bereich Stadtentwicklung) zu TOP 3.7 |

Protokoll:

Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.11.2017 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0806
Oberbürgermeister, FB Feuerwehr
+ EA DIE LINKE
(Überweisung aus HA vom 29.11.2017)
- 3.2 Städtebauliche Zielplanung als Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen "Jägervorstadt-Ost"
Vorlage: 17/SVV/0860
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV, FA, HA
- 3.3 Fehlende Beleuchtung und fehlende Gehwegbereiche im Triftweg fertigstellen
Vorlage: 17/SVV/0880
Fraktion CDU/ANW
SBV (ff), OBR Groß Glienicke
- 3.4 Keine Parkgebühren für E-Autos
Vorlage: 17/SVV/0901
Fraktion DIE LINKE
- 3.5 Verkehrsberuhigte Zone Geschw.-Scholl-Straße
Vorlage: 17/SVV/0912
Fraktion DIE aNDERE
KOUL, SBV (ff)
- 3.6 Haushaltssatzung 2018/ 2019
- 3.6.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019
Vorlage: 17/SVV/0951
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
- 3.6.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: 17/SVV/0952
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
- 3.6.3 Zukunftsprogramm 2022
Vorlage: 17/SVV/0953
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
- 3.7 Wohnungsbaupotenziale der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0878
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL, SBV (ff)
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.11.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 23.11.2017 gibt es keine Einwendungen; sie wird einstimmig bestätigt.

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen einstimmig beschlossen.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 17/SVV/0806

Oberbürgermeister, FB Feuerwehr

+ EA DIE LINKE

(Überweisung aus HA vom 29.11.2017)

Herr Hülsebeck (Fachbereich Feuerwehr) bringt die Vorlage ein und erläutert sie. Dem vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, in dem die Erhöhung der pauschalen Aufwandsentschädigung von 40 € auf 100 € gefordert wird, kann die Verwaltung folgen. Diese Änderung sei bereits gestern im Finanzausschuss bestätigt worden.

Herr Jäkel bringt den Änderungsantrag für die Fraktion DIE LINKE ein, den der Vorsitzende sodann zur Abstimmung stellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der § 2 der Satzung wird wie folgt geändert:

Jedes am Einsatz- und Übungsdienst teilnehmende (aktive) und ordentlich gemeldete Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr erhält pro Jahr eine pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von **100,00 EUR** für Zeitverlust und mit der

ehrenamtlichen Tätigkeit zusammenhängenden Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

Der Vorsitzende stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam

inkl. der Änderung im § 2 der Satzung:

Jedes am Einsatz- und Übungsdienst teilnehmende (aktive) und ordentlich gemeldete Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr erhält pro Jahr eine pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von ~~40,00~~ **100,00** EUR für Zeitverlust und mit der ehrenamtlichen Tätigkeit zusammenhängenden Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.2 Städtebauliche Zielplanung als Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen "Jägervorstadt-Ost"

Vorlage: 17/SVV/0860

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV, FA, HA

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein. Er stellt zunächst klar, dass diese Städtebauliche Zielplanung weder eine Festlegung auf ein bestimmtes Sanierungskonzept bedeutet noch ein Investitionsprogramm fixiert. Es geht vielmehr darum, die formellen Voraussetzungen für die Städtebauförderung in der „Jägervorstadt-Ost“ zu schaffen, die sich aus der Durchführung Vorbereitender Untersuchungen (VU), der Abgrenzung eines Fördergebietes, der Herstellung der formellen Grundlage sowie dem Bekenntnis der Stadtverordnetenversammlung zu einer Zielaussage für das betreffende Gebiet zusammensetzen.

Die Notwendigkeit zur Neuordnung des Verwaltungscampus der Landeshauptstadt Potsdam zwischen der Friedrich-Ebert-Straße, der Hegelallee und der Jägerallee ergibt sich aus erheblichen bestehenden Defiziten. Die Unübersichtlichkeit für den Bürger durch eine komplexe Wege- und Gebäudestruktur sowie der bestehende Bedarf an Büroräumen aufgrund des Mitarbeiterzuwachses bedürfen einer grundhaften Überarbeitung dieses Gebietes. Auch der Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung ist in seinem aktuellen Zustand den modernen Anforderungen nicht mehr gewachsen. Die Möglichkeit der Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern an den öffentlichen

Sitzungen ist begrenzt. Um dem Anspruch eines modernen Dienstleistungsstandortes, auch vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt, gerecht zu werden, sei eine Neugestaltung unumgänglich.

Herr Lehmann bittet um Zustimmung zur Vorlage.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die städtebauliche Gesamtmaßnahme „Jägervorstadt-Ost“ wird als Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen auf Grundlage der

- städtebaulichen Zielplanung für das Gebiet „Jägervorstadt-Ost“ (Anlage 1)
- in der ausgewiesenen Fördergebietsgrenze (Anlage 2)

durchgeführt. Perspektiven für nicht zeitnah mit Unterstützung der Städtebauförderung umsetzbare Maßnahmen sind anhand vertiefter Konzeptentwicklung zu erarbeiten und wirtschaftlich zu bewerten.

Der Bericht über die Vorbereitenden Untersuchungen (VU) „Jägervorstadt-Ost“ wird zur Kenntnis genommen. (Anlage 3)

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.3 **Fehlende Beleuchtung und fehlende Gehwegbereiche im Triftweg fertigstellen**

Vorlage: 17/SVV/0880

Fraktion CDU/ANW

SBV (ff), OBR Groß Glienicke

Herr Heinzl bringt den Antrag ein und bittet um Zustimmung.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) führt aus, dass eine Planung zur Herstellung der Nebenanlage sowie der fehlenden Beleuchtung im Triftweg durch die Bereiche Verkehrsanlagen und Verkehr und Technik bereits erfolgt sind. Da die geplante Maßnahme bei den Anliegern eine Beitragspflicht gemäß dem Kommunalen Abgabengesetz (KAG) auslöst, wurde eine Anhörung der Anlieger initiiert, die noch bis zum 8.2.2018 läuft. Sollten sich die Anlieger gegen die Maßnahme aussprechen, wird ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Umsetzung der Maßnahme erforderlich, für den die Verwaltung dann eine entsprechende Beschlussvorlage erstellt. Bei Zustimmung der Mehrheit der Beitragspflichtigen könne die Umsetzung der Maßnahme in der zweiten Jahreshälfte 2018 möglich sein.

Entsprechendes Kartenmaterial (u.a. der Lageplan) wird dem Protokoll beigelegt.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die fehlende Beleuchtung und die fehlenden Gehwegbereiche im Triftweg bis Herbst 2018 fertigstellen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.4 Keine Parkgebühren für E-Autos
Vorlage: 17/SVV/0901
Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und erläutert ihn. Er bittet um Zustimmung.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) teilt für die Verwaltung mit, dass die geforderte Prüfung vorgenommen werden kann. Den Termin zur Vorlage des Ergebnisses bittet sie auf den 11.04.2018 festzulegen.

Herr Piest gibt zu bedenken, dass hier nicht nur an die Art des Antriebs gedacht werden dürfe, sondern auch an eine soziale Verträglichkeit. Benachteiligt würden Bürgerinnen und Bürger, die sich Fahrzeuge mit einem elektrischen Antrieb nicht leisten können und aus Kostengründen ältere (und daher weniger umweltfreundlichere) PKW fahren würden. Hier müsse auch sozialpolitisch gedacht werden.

Herr Heinzel spricht sich gegen den Antrag aus. Die Probleme, die aufgrund des motorisierten Individualverkehrs (MIV) bestünden, würden damit nicht gelöst.

Auch Herr Sändig sieht den Antrag kritisch. Neben den Ausführungen von Herrn Heinzel, denen er sich anschließt, hält er auch die Herstellung der verwendeten Autobatterien für problematisch. Eine Prüfung sei aber unschädlich.

Frau Hüneke regt an, Carsharing-Fahrzeuge in die Prüfung mit einzubeziehen.

Herr Rubelt ist die zu prüfende pauschale Befreiung von Elektrofahrzeugen von den Parkgebühren zu einseitig gedacht und zudem im Sinne der Gleichbehandlung schwierig. Er würde ergänzen „Elektrofahrzeuge/Hybride **mit**

Ladesäule“ und ebenfalls die angesprochenen Carsharing-Fahrzeuge aufnehmen.

Herr Jäkel übernimmt die Vorschläge zur Einbeziehung hinsichtlich der Ladesäule, der Carsharing-Fahrzeuge sowie das geänderte Datum zur Vorstellung des Prüfergebnisses auf den 11.04.2018.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen Elektrofahrzeuge/Hybride **mit Ladesäule und Carsharing-Fahrzeuge** in parkraumbewirtschafteten Bereichen der Stadt von der Parkgebühr befreit werden können.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung am ~~31.01.~~**11.04.**2018 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|----------|
| Zustimmung: | 6 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmenthaltung: | 1 |

zu 3.5 Verkehrsberuhigte Zone Geschw.-Scholl-Straße

Vorlage: 17/SVV/0912

Fraktion DIE aNDERE

KOUL, SBV (ff)

Herr Sändig bringt den Antrag ein und erläutert die vorzunehmende Prüfung.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) geht anhand einer Präsentation auf zwei für die Debatte entscheidende Punkte ein. Zum einen erläutert er die speziellen Eigenschaften eines verkehrsberuhigten Bereiches (umgangssprachlich auch Spielstraße), wo Fahrzeuge mit Schrittgeschwindigkeit fahren müssen und den Fußgängerverkehr weder gefährden noch behindern dürfen; wenn nötig, müsse gewartet werden. Außerhalb der dafür gekennzeichneten Flächen darf nicht geparkt werden, ausgenommen zum Ein- oder Aussteigen und zum Be- oder Entladen. Fußgänger dürfen die Straße in ihrer ganzen Breite benutzen; Kinderspiele sind überall erlaubt. Aufgrund dieser Eigenheiten sei es beispielsweise extrem schwer, den dort bestehenden Bus- und Tramverkehr zu integrieren. Die Geschwister-Scholl-Straße ist zudem ihrer Klassifizierung nach eine Hauptsammelstraße, die den Verkehr der umliegenden Straßen aufnimmt, um ihn zur nächstgrößeren, Zeppelinstraße/ Breite Straße zu überführen. Einen Ausgleich dafür zu schaffen, ist in diesem Bereich wenig

aussichtsreich.

Zum zweiten werde im Zuge der Evaluation des Modellversuchs in der Zeppelinstraße auch eine Bewertung der Verkehrsverlagerung und deren Auswirkung im Umfeld vorgenommen. In diesem Zusammenhang sollte auch die hiesige Prüfung vorgenommen werden. Eine von dem Ergebnis des Modellversuchs losgelöste Untersuchung wird nicht als zielführend erachtet und sollte nicht durchgeführt werden. Der Bericht zum Modellversuch wird zu Ende Februar 2018 erwartet.

Herr Jäkel schließt sich den Bedenken bezüglich der Integration des Bus- und Tramverkehrs an dieser Stelle an. Auch ein zu schaffender Straßenniveaueausgleich werde kaum möglich sein. Seiner Ansicht nach ist eine Prüfung in diesem Fall wenig zielführend und daher könne er den Antrag nicht unterstützen.

Frau Hüneke bekräftigt ein Abwarten der Auswertung des Modellversuchs in der Zeppelinstraße.

Herr Sändig stellt den Antrag für den Antragsteller zurück, bis das Ergebnis der Auswertung des Modellversuchs in der Zeppelinstraße vorliegt. Seine Fraktion wird dann entscheiden, ob der Antrag erneut aufgerufen wird.

zu 3.6 Haushaltssatzung 2018/ 2019

zu 3.6.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019

Vorlage: 17/SVV/0951

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

Die Behandlung der Vorlage erfolgt in erster Lesung.

Herr Weise (Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen) bringt die Vorlage ein und macht kurze Ausführungen zu den ausgereichten Unterlagen „Informationen zum Ergebnishaushalt 2018/2019 bzw. zum Investitionsprogramm 2018-2022 einschließlich Notwendigkeit haushaltsbegleitender Beschlüsse des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt“. Er benennt wesentliche Schwerpunkte bei den Aufwendungen und Erträgen zum Ergebnishaushalt 2018/2019:

- Im Haushaltsjahr 2018 hat der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt ein Gesamtbudget in Höhe von 50,762 Mio. Euro und im Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 51,311 Mio. Euro (einschließlich Abschreibungen und interne Leistungsverrechnungen) zur Verfügung. Trotz des Gesamtbudgets führt es zur Erfüllung der Aufgaben noch zu einigen Schwierigkeiten.
- Produkt 53710 (Bodenschutz/Altlasten)
Das Produkt ist fachlich sowohl ertrags- als auch aufwandsseitig durch Ersatzvornahmen (u. a. Grundwassersanierung Grundstück ehemaliger Chemiehandel) geprägt.

- Produkt 55400 (Naturschutz und Landschaftspflege)
Das Hauptaugenmerk dieses Produktes liegt fachlich ertragsseitig in der Umsetzung der Potsdamer Baumschutzverordnung. Neben den Verwaltungsgebühren für Baumfällgenehmigungen sind auch Erträge für Baumersatz eingeplant, die dem FB 47 dann für Neupflanzungen zur Verfügung stehen.
- Produkt 5610000 (Umweltschutzmaßnahmen)
Aufwandsseitig wird das Produkt aus fachlicher Sicht durch Aufwendungen für ergänzende Untersuchungen im Rahmen der Lärmaktionsplanung, für Ersatzvornahmen sowie für abfall- und wasserrechtliche Gutachten bzw. Untersuchungsleistungen im Rahmen der Wahrnehmung behördlicher Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung geprägt.
- Produkt 51107 (Verkehrsentwicklung)
Ziel ist es, die Sicherung der Mobilität von Bewohnerinnen und Bewohnern, Beschäftigten, Unternehmen etc. zu stärken. Für die Mobilitätsoffensive und Mobilitätsagentur stehen im Doppelhaushalt 2018/2019 jeweils in 2018 215 TEUR und in 2019 240 TEUR zur Verfügung. Für Neubau oder grundhaften Ausbau von Straßen und Wegen, Ausbesserungen und Umbau von Straßen und Wegen, Markierungen von Radverkehrsanlagen etc. stehen 4,73 Mio. EUR von 2018 – 2022 für das Radverkehrskonzept bereit.
- Insgesamt steht für die Instandsetzung und Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze im Ergebnishaushalt bei den Aufwendungen ein Budget für 2018 von 3,235 Mio. Euro und für 2019 von 4,860 Mio. Euro u. a. für die Gefahrenabwehr zur Verfügung.
- Erst ab 2022 mit 5,659 Mio. Euro erforderliches Niveau in Mifi zum dauerhaften Erhalt des Infrastrukturvermögens.

Frau Hüneke bezieht sich auf die Sturmschäden der letzten Zeit und erkundigt sich, wie die vorzunehmenden Ersatzpflanzungen finanziert werden.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) weist darauf hin, dass infolge von Stürmen nicht nur entwurzelte bzw. nachträglich zu fallenden Bäume zu beklagen sind, sondern auch diverse Straßenschäden. Für Ersatzpflanzungen können die Erträge für Baumersatz verwandt werden, für Straßenschäden ist das nicht möglich. Diese würden aus einem anderen Topf finanziert.

Der Vorsitzende schließt die erste Lesung. Die Drucksache 17/SVV/0951 wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung in zweiter Lesung nochmals aufgerufen.

zu 3.6.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018 Vorlage: 17/SVV/0952

Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service

Die Behandlung der Vorlage erfolgt in erster Lesung.

Herr Weise (Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen) bringt die Vorlage

stellvertretend für den Antragsteller ein und steht für Rückfragen zur Verfügung bzw. würde sie zur Beantwortung zum Protokoll mitnehmen.

Redebedarf besteht nicht.

Der Vorsitzende schließt die erste Lesung. Die Drucksache 17/SVV/0952 wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung in zweiter Lesung nochmals aufgerufen.

zu 3.6.3 Zukunftsprogramm 2022

Vorlage: 17/SVV/0953

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Die Behandlung der Vorlage erfolgt in erster Lesung.

Herr Weise (Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen) bringt die Vorlage stellvertretend für den Antragsteller ein und steht für Rückfragen zur Verfügung bzw. würde sie zur Beantwortung zum Protokoll mitnehmen.

Redebedarf besteht nicht.

Der Vorsitzende schließt die erste Lesung. Die Drucksache 17/SVV/0953 wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung in zweiter Lesung nochmals aufgerufen.

zu 3.7 Wohnungsbaupotenziale der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0878

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

KOUL, SBV (ff)

(Mitteilungsvorlage)

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) erläutert den Sachstand zu den Potenzialflächen für die Landeshauptstadt Potsdam (LHP), die den Rahmen des zukünftigen Wohnungsneubaus bilden. Der Schwerpunkt liege weiterhin (mit 92 %) auf dem Geschosswohnungsbau, wovon ca. 1.700 WE als sehr kleine Wohnungen („Sonderform“) geplant seien. Ein sparsamer Umgang mit Flächen, eine effektivere Verkehrserschließung und Nutzung sozialer und technischer Infrastruktur sind maßgeblich. Alle Geschosswohnungsbauflächen sind auch für den Bau mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnraumes geeignet.

Unter der Voraussetzung, dass auf den Flächen auch tatsächlich Wohnungen realisiert werden, reichen die Areale im Rahmen der aktuellen Prognose für die nächsten zehn Jahre. Eine Fortschreibung der Einwohner-Prognose und Flächen bleibt nötig. Herr Wolfram weist weiter darauf hin, dass nicht nur Flächen für den Wohnungsbau, sondern auch für Arbeitsplätze und Infrastruktur entscheidend sind. Zudem seien günstige Wohnungen im Neubau nur mit Landesförderung realistisch, wobei die Förderfähigkeit von den Vorgaben des Landes abhängen.

Anlässlich der aktuellen Bevölkerungsprognose weist Herr Wolfram darauf hin,

dass diese keine wesentlich neue Entwicklung darstellt, sondern „nur“ die Beschleunigung des Wachstums, welches in der LHP schon seit etwa 17 Jahren anhält. Wichtig sei, die Beobachtung und Fortschreibung der Prognose (auch kleinräumig) fortzusetzen sowie die Evaluierung und Fortschreibung wichtiger Konzepte. In Bezug auf die Stadtentwicklung sei bei einer Größenordnung von etwa 13.000 „fehlenden Wohneinheiten (WE)“ bis 2035 keine Entwicklung neuer „Vorstädte“ sinnvoll, sondern die Ergänzung bzw. Verdichtung schon vorhandener Projekte, z. B. Krampnitz. Die wichtigsten Einflussfaktoren der nächsten Jahre benennt Herr Wolfram mit der Entwicklung Berlins, der Entwicklung der Flüchtlingszahlen sowie der Entwicklung von Wirtschaft und Wissenschaft.

Herr Jäkel bittet an drei Stellen in der Tabelle 2 – „Wohnungsbaupotenziale Potsdam nach Planungsräumen und Bautyp“ um eine geänderte Darstellung: die bisher zusammengefassten Ortsteile in den Planungsräumen 101 Groß Glienicke, Krampnitz, Sacrow, 102 Neu Fahrland, Fahrland, Satzkorn, Marquardt, Uetz-Paaren und 202 Eiche, Grube, Golm bittet er jeweils einzeln aufgeschlüsselt darzustellen.

Die von Herrn Jäkel gewünschte Aufschlüsselung kann Herr Wolfram vornehmen. Auf weitere Nachfragen u. a. von Frau Hüneke zur ökologischen Wertigkeit für das Gebiet Am Brunnen und von Herrn Matz zu einer Fläche im Ortsteil Fahrland geht er ein.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 17/SVV/0878 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

zu 5 Sonstiges

Nichts.

Matthias Lack
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift